Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206 — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 258 — 97. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 4. November 1938

Große Freude in Ungarn

Dankeskundgebungen für den Sieg der Gerechtigkeit

In ganz Ungarn wird anerkannt, daß der deutsch-italienische Schiedsspruch in Wien der Gerechtigkeit zum Siege verholfen und das geschlossene ungarische Siedlungsgebiet nach 20 Jahren dem ungarischen Vaterlande zurückgegeben hat. In Budapest und in den großen Städten Ungarns kam es zu begeisterten Freudenkundgebungen, als das ungarische Volk von der Wiener Friedenstat Kenntnis erhielt. Die jubelnden Menschenmassen brachten immer wieder Hochrufe auf Hitler, Mussolini, Horthy, Ribbentrop und Ciano aus.

Von dem Wiener Schiedsspruch erfuhr die ungarische Oeffentlichkeit durch eine Rundfunkansprache des Ministerpräsidenten Imredy. Dabei sagte der Ministerpräsident den beiden Großmächten Dank dafür, daß sie die Entscheidung auf sich genommen hätten, um in dem von der Neuordnung der Tschecho-Slowakei betroffenen Teil Europas die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. Von den ungarischen Blättern schreibt der „Pester Lloyd": „Eine geschichtliche Tatsache darf nie und von niemandem vergessen werden: Ohne die Macht und den von Adolf Hitler zusammengefaßten Willen des Deutschen Reiches wäre es nie soweit gekommen — selbst der Anfang hätte nie gewagt werden können. In tiefer Dankbarkeit muß Ungarn aber auch Italien huldigen. Benito Mussolini hat den grundlegenden Thesen seiner Politik, die er vor eineinhalb Jahrzehnten schon verkündet hatte, in unerschütterlicher Treue zum einmal gewählten Freunde zum Siege verholfen. Die Festigkeit der Achse hat sich also wieder einmal als vollkommen erwiesen."

Prag: Die bisherige Unsicherheit beseitigt

Die tschecho-slowakische Presse beurteilt den Schiedsspruch dahin, daß er das Ende der bisherigen Unsicherheit bedeute und endlich die festen Grundlagen für den Neuaufbau des Staates schaffe. Die Entscheidung von Wien ist in Prag mit einer allgemeinen Erleichterung aufgenommen worden. Zwar seien die Verluste schmerzlich, aber die Tschecho-Slowakei werde nun ein nationaler, einheitlicher Staat. Den noch im Restgebiet verbleibenden geringen Minderheiten würden alle Rechte zuteil werden. Das ist eine Erklärung, die man die ganzen 20 Jahre hindurch in keinem tschechischen Blatt finden konnte.

Das Ausland billigt die Wiener Entscheidung

Der Wiener Schiedsspruch wird im Auslande, abgesehen von den ausgesprochenen Hetzblättern, aufs wärmste begrüßt. So schreibt von den englischen Blättern beispielsweise „Daily Mail", daß das englische Volk die Ungarn beglückwünsche, daß sie endlich etwas Erleichterung von dem bedauernswerten Vertrag von Trianon erhalten hätten. Die italienische Presse spricht von dem „historischen Tag" von Wien und betont, daß nach dem Münchener Abkommen der Schiedsspruch von Wien einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Frieden darstelle. Die Achse habe voll und ganz funktioniert und die Irrtümer von Versailles und Trianon seien nach den besten völkischen Grundsätzen berichtigt worden. In der polnischen Presse wird das Wiener Ergebnis als positiv und als eine tief durchdachte Entscheidung bezeichnet. Die beiden Großmächte hätten während des ganzen ungarisch-tschecho-slowakischen Konfliktes völlige Objektivität gewahrt.

Neue Aera in Mitteleuropa

Die gerechte Friedenstat von Wien

Politische Entscheidungen werden in der Gegenwart schneller vollzogen, als es noch vor wenigen Jahren üblich und möglich war. Aber das Wichtigste dabei ist, daß diese Entscheidungen auch wirklich klaren Tisch schaffen und daß sie den großen Vorzug haben, Etappen auf dem Wege zu einem wirklichen Friedenszustand in Europa zu sein.

Wer den von den Außenministern Deutschlands und Italiens in Wien gefällten Schiedsspruch unbefangen prüft, wird feststellen müssen, daß er unter dem Gesichtspunkt des völkischen Rechtes das Unrecht des Diktatfriedens von Trianon wiedergutgemacht hat. An die Stelle des auf Gewalt beruhenden Friedensdiktats traten nun auf Grund des völkischen Prinzips gezogene Grenzen. Nach zwanzig Jahren übernehmen neuer Geist und neue Grundsätze die Herrschaft auch in diesem Teil Europas. Das gesamte geschlossene ungarische Siedlungsgebiet der Slowakei und der Karpato-Ukraine wird wieder mit dem ungarischen Mutterland vereinigt. 12 400 Quadratkilometer mit 1 064 000 Einwohnern kehren nach Ungarn zurück, wobei von den umstrittenen Städten Neuhäusel, Lewentz, Losonc, Kaschau, Ungvar und Munkacs an Ungarn fallen, während Preßburg und die alte Bischofsstadt Neutra bei der Slowakei verbleiben. Ferner wurde die neue Grenzlinie so gezogen, daß jene Dörfer südlich von Preßburg auf der Insel Schütt und in der unteren Zips bei Göllnitz, die vorwiegend von Deutschen besiedelt sind, nicht an Ungarn angeschlossen werden, sondern bei der Slowakei bleiben.

Man darf aus der in Wien gefundenen glücklichen Lösung die Hoffnung schöpfen, daß Ungarn und die Tschecho-Slowakei nun mit dem gleichen guten Willen an die Neugestaltung ihrer nachbarlichen Beziehungen herangehen werden, der die bisherigen Verhandlungen zwischen Deutschland und der Prager Regierung ausgezeichnet hat. Gewiß, es erfordert Zeit, bis die Wunden eines jahrzehntelangen Volkstumskampfes geheilt sind. Aber der neue Geist wird bei gutem Willen auf allen Seiten erlittenes Unrecht schnell vergessen machen und die erstrebenswerte Zusammenarbeit zwischen den Ländern Mittel- und Südosteuropas wird diesen Ländern viel Gutes geben können, während sie sich bisher sehr geschadet haben. Der Weg zu einer besseren Entwicklung auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet ist für Mitteleuropa frei gemacht worden.

Die Wiener Entscheidung ist der Abschluß des Friedenswerkes von München. Aus dem Verantwortungsgefühl Deutschlands und Italiens heraus ist eine gerechte Lösung gefunden worden. Zugleich zeigt die deutsch-italienische Zusammenarbeit den Völkern Europas, daß beide Regierungen mit ihren Ansichten und Methoden zur Lösung der Probleme eines Sinnes sind. Von Wien nimmt die Versöhnung ihren Ausgang. Die Wiener Entscheidung ist endgültig und beweist die aufbauende Tätigkeit der Achse Berlin—Rom. Mit Recht heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Außenminister Deutschlands und Italiens: „Die Achse Berlin—Rom hat sich in einem internationalen Streitfall von großer Bedeutung und außerordentlichster Kompliziertheit als erfolgreicher Schiedsrichter betätigt ... Sie hat damit erneut den Beweis geliefert, daß sie in der europäischen Politik ein Faktor des Friedens und der Ordnung ist. Der Schiedsspruch ist aus dem Geist der Freundschaft zwischen Italien und Deutschland und dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Frieden Europas entstanden. Wir hoffen, daß sich nunmehr die Beziehungen zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei im Geiste friedlicher und gutnachbarlicher Zusammenarbeit gestalten werden, was um so eher möglich sein wird, als die neue Epoche in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich auf dem Grundsatz voller Gerechtigkeit aufbaut."

Mit dem unseligen Erbe Trianons, das seit ferner festgestellt, verschwindet auch der unselige Geist der früheren Kleinen Entente. Auch in dieser Ausschaltung des Kleinen-Entente-Geistes, der die Niederhaltung Ungarns zum Ziele hatte, kündigt sich die neue Aera in Mitteleuropa an. Das künstlich und gewaltsam konstruierte Europa von Versailles liegt zerschlagen am Boden. Genf ist altersschwach und an seiner Stelle traten die Mächte der Achse Berlin—Rom als Schiedsrichter auf. Sie haben in Wien der Welt gezeigt, wie schwierige internationale Fragen rasch und gerecht entschieden werden können. Das ist der gewaltige Erfolg von Wien.

Sachsens Wirtschaft heute

Arbeitstagung der Wirtschaftskammer Sachsen

Sachsens Wirtschaft, ihre Förderung in der Zukunft und ihre Verbindungen zur Wirtschaft des Sudetenlandes waren Gegenstand einer Arbeitstagung des Beirats der Wirtschaftskammer Sachsen, zu der sich mit Reichsstatthalter Mutschmann und dem sächsischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Lenk, der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Brinkmann, sowie zahlreiche Vertreter aus Partei, der Behörden, der Wehrmacht und der sächsischen Wirtschaft zusammengefunden hatten.

Der Leiter der Wirtschaftskammer Sachsen, Direktor Wilhelm Wohlfahrt, würdigte die geschichtlichen Geschehnisse der letzten Wochen und betonte, daß Sachsen nun nicht mehr Grenzland, dafür aber den sudetendeutschen Volksgenossen, die nun an der Grenze stehen, ein starker Rückhalt sei.

Der Präsident gedachte der vielfachen Unterstützung, die das Reich Sachsen als Grenzland angedeihen lassen habe. Sachsen, einst der Krisenherd des Reiches, bedürfe auch heute noch eines gewissen Maßes der Förderung.

In diesem Zusammenhang verwies er auf die sächsische Holzwirtschaft, die nun nach der Eingliederung vor einer neugeschaffenen Lage stehe und bat um Rücksichtnahme darauf, daß das Gebiet der Holzversorgung für Sachsen bisher besonders schwierig gewesen sei. Auch setzte sich der Redner dafür ein, daß die sächsische Sägewerkindustrie, sobald Ueberschüsse aus den Einschlägen der nordböhmischen Wälder zur Verfügung ständen, einen angemessenen Teil bewilligt erhalte. Auch die Frage der Industrieverschleppung verdiene größte Beachtung. Der Anschluß bringe eine Erweiterung der Kapazität solcher Industrien, die als spezifisch sächsisch zu gelten hätten, z. B. der Kunstblumen-, der Musikinstrumenten- und der Wirkerei-Industrie. Die günstigen Auswirkungen für die Ausfuhr würden aber gefährdet, wenn nicht rechtzeitig ein Abwandern der Arbeitskräfte aus den sudetendeutschen Gebieten verhindert würde.

Bei Behandlung binnenwirtschaftlicher Fragen betonte der Präsident die Notwendigkeit einer stärkeren Belebung der sächsischen Bauwirtschaft, die zum Teil unter Reichsdurchschnitt liegen

Blick nach Südosten

Bei Behandlung der Außenhandelsfragen betonte der Präsident Wohlfahrt die Notwendigkeit des Exports, für den der Staat in den letzten Wochen Voraussetzungen geschaffen habe in einem Gebiet, das als Absatzmarkt Sachsen besonders wichtig sei: den Südosten. Gerade die sächsische Exportindustrie müsse diesen Weg nun zielbewußt beschreiten. Dabei müsse Ausfuhrleistung auch als Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit zustandekommen. Dazu gehöre die Durchführung von Gemeinschaftswerbungen und Kollektivvertretungen, für die im Rahmen der Wirtschaftskammer Sachsen Hilfsstellung gegeben werde.

So sehr man zu der Feststellung berechtigt sei, daß die sächsischen Exportfirmen ein besonders anerkennenswertes Maß der Zähigkeit im Kampf um die Auslandsmärkte bewiesen haben, so oft müsse wiederholt werden, daß in gleicher Weise unnachgiebig und unbeirrt durch die mannigfachen Exporthemmnisse an der Auslandsarbeit festgehalten werden müsse.

Staatssekretär Brinkmann an die Wirtschaftsführer

Staatssekretär Brinkmann brachte in grundlegenden Ausführungen zum Ausdruck, daß dem Reichswirtschaftsministerium die Sorgen der deutschen Wirtschaft durchaus bekannt sind und daß man dort Verständnis für alle die deutsche Wirtschaft angehenden Fragen hat. Anschließend an seine Darlegungen in Düsseldorf nahm der Staatssekretär Stellung zu der Frage der Finanzierung der Staatsaufgaben. Er ging grundlegend auf die Frage der Deckung des vordringlichen Inlandsbedarfes ein und äußerte sich eingehend über die Erfordernisse einer weiteren Belebung der Ausfuhr. Dabei wies er besonders darauf hin, daß eine Entbürokratisierung der mit der Rohstoffbewirtschaftung betrauten Stellen erforderlich sei. Staatssekretär Brinkmann behandelte des weiteren Aufgaben und Organisation der gewerblichen Wirtschaft und warnte sehr eindringlich davor, die Zentralstellen in Berlin durch Einzelanliegen zu behelligen und sie damit von ihrer eigentlichen Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu lösen, abzuhalten.

Skandal um Greenwood

Im Unterhaus hat der Abgeordnete Greenwood, der stellvertretende Vorsitzende der Labour-Partei, erklärt, er schäme sich nicht, daß er die Vernichtung der „Diktaturen" in Europa sehen möchte. Der Oppositionsliberale Roberts und der sattsam bekannte Mister Eden haben sich es ebenfalls nicht verkniffen, der Unterhausaussprache einen schlechten Beigeschmack zu geben und die von friedlichen Wollen durchdrungenen Ausführungen des Ministerpräsidenten Chamberlain abzuschwächen

Die offene Mitteilung des Stellvertreters des Herrn Attlee, daß man gern die „totalitären Staaten" vernichtet sähe, geht über die bereits gewohnten Alltagsflegeleien der mit Kriegsgedanken ständig auf vertrautem Fuße lebenden Hetzer der demokratischen Länder weit hinaus. Denn hier handelt es sich um einen Abgeordneten des britischen Parlaments. Herr Greenwood bezeugt in seinem Haß zwei Großmächten, die zur gleichen Zeit in Wien eine neue Friedenstat vollbrachten, in unverschämter Form, was sie zu erwarten haben, wenn Leute und Kriegshetzer wie er in England einmal ans Ruder kommen sollten. Nimmt man Greenwood, Eden und Konsorten ernst, dann bleibt für die wieder einmal in unglaublicher Weise bedrohten Völker Deutschlands und Italiens nur übrig, ständig bis an die Zähne bewaffnet zu sein und durch eine vollkommene Organisation ihrer Landesverteidigung die Möglichkeit zu behalten, der Zukunft mit Ruhe entgegenzusehen.

Oder man hält Greenwood, Eden und Konsorten für volksfremd, ja sogar für Volksfeinde. Dann wäre es die Pflicht der englischen Regierung, energisch diese Kriegshetzer zurückzuweisen und sie kaltzustellen, damit sie keinen politischen Unfug mehr anzurichten vermögen. Das ist wohl auch der eindeutige Wille des englischen Volkes, das in seiner Mehrheit mit Chamberlain Ausgleich und Frieden will. Wenn ein Land wie das Britische Weltreich die Verständigung mit Deutschland und Italien will, dann dürfen eigentlich derartige Skandale, wie es der Haßgesang des Mister Greenwood darstellt, nicht vorkommen, da sie eine Bedrohung des auch von der Mehrheit des englischen Volkes gewünschten Friedens sind!

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF